



Markgrafenstraße 11
10969 Berlin

Tel.: 030 259272820
Fax: 030 259272860

info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

Unser zweiwöchentlich erscheinender Newsletter bietet Ihnen aktuelle familienpolitische Informationen aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Verbänden, Informationen aus dem ZFF sowie Veranstaltungshinweise. In unregelmäßigen Abständen kommentiert das ZFF ausgewählte Meldungen und ordnet sie ein. Zudem setzen wir immer wieder Schwerpunkte zu einzelnen Themenfeldern. Gerne können Sie das ZFF-Info auch zur Verbreitung Ihrer Termine und Aktivitäten nutzen.

Wenn Sie das "ZFF-Info" abonnieren möchten, senden Sie bitte eine Email an info@zukunftsforum-familie.de mit dem Betreff "ZFF-Info abonnieren". Sie können den Newsletter jederzeit wieder abbestellen.

Wir freuen uns über die Weiterleitung unseres Newsletters an Interessierte.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen
das Team des ZFF-Infodienstes

NEUES AUS POLITIK, GESELLSCHAFT UND WISSENSCHAFT	3
(1) BMFSFJ: Unterzeichnung der Agenda "Gemeinsam für Menschen mit Demenz"	3
(2) Wirtschaftsrat der CDU: 32-Stunden-Woche für Eltern ist realitätsfern / Hierzu kommentiert das ZFF	4
(3) Statistisches Bundesamt: Vereinbarte Betreuungszeit in Kitas für unter 3-Jährige: durchschnittlich 38 Wochenstunden	5
(4) Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Erzieherinnen-Demo: Alt sichert Unterstützung zu	5
(5) Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Alt: Sprachförderung in Kitas ist politischer Schwerpunkt der Landesregierung	6
(6) SPD-Bundestagsfraktion: ElterngeldPlus – ein Gewinn für Eltern	6
(7) SPD-Bundestagsfraktion: Kinderbetreuung weiter ausbauen	7
(8) SPD-Bundestagsfraktion: Weltkindertag 2014 – Jedes Kind hat Rechte	7
(9) Gruner+Jahr, ELTERN: Ein Jahr Rechtsanspruch: Die Suche nach Kitaplatz bleibt harte Geduldsprobe	8
(10) Bundestag: Linke stellt Antrag zu Pille danach neu	8
(11) Bundestag: Linksfraktion fordert Kita-Qualitätsgesetz	9
(12) Bundestag: Elterngeld soll flexibler werden	9
(13) Bundestag: Plattform für Haushaltshilfen	10

AUS VERBÄNDEN	10
(14) AWO: Kinder sind die Zukunft. AWO zum Weltkindertag	10
(15) Familienbund der Katholiken: „Kinder in den Mittelpunkt der Politik stellen“	10
TERMINE UND VERANSTALTUNGEN	11
(16) Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung Fachtagung: "Wer schneller lebt ist früher fertig... Neue Arbeitszeioptionen auf dem Prüfstand"	11
(17) Facharbeitskreis für interkulturelle Väterarbeit in NRW Fachtagung: "Frag doch Papa!" Interkulturelle Väterarbeit in NRW. Erprobt, Erforscht, Verankern..."	11
(18) Internationale ICEC-Konferenz: „Monitoring in der frühkindlichen Bildung: Was sagen (inter)nationale Längsschnittstudien über die Wirkung früher Bildung auf die kindliche Entwicklung aus?“	11
(19) IMPULS und ZFF Fachtagung: „Väter heute: Ernährer, familiäre Hilfsarbeiter, gleichberechtigte Erziehende?!“	12
AUS DEM ZFF	12
(20) ZFF: ZFF-Stellungnahme zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf	12
AKTUELLES	12
(21) VAMV: MITMACHEN: Umfrage Beistandschaft und Kindesunterhalt	12

Neues aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft

(1) BMFSFJ: Unterzeichnung der Agenda "Gemeinsam für Menschen mit Demenz"

Mit der heutigen (Montag) Unterzeichnung der Agenda durch die Gestaltungspartner der "Allianz für Menschen mit Demenz" haben Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe das Startsignal für die Umsetzung der Ergebnisse aus der zweijährigen Arbeitsphase gegeben. Damit ist der Grundstein für eine nationale Demenzstrategie gelegt.

Unter dem Vorsitz der beiden Bundesministerien und dem Ko-Vorsitz der "Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. - Selbsthilfe Demenz" haben die kommunalen Spitzenverbände, die relevanten Spitzenverbände aus dem Bereich Pflege und Gesundheit, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sowie die Länder in einem intensiven Diskussionsprozess konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der an Demenz erkrankten Menschen und ihrer Angehörigen vereinbart.

"Wir dürfen Demenzkranke und ihre Angehörigen nicht allein lassen. Sie sollen so lange wie möglich am sozialen Leben teilnehmen und im vertrauten Umfeld leben können. Zusammen mit 450 Mehrgenerationenhäusern und den 300 Anlaufstellen für ältere Menschen im Quartier unterstützen künftig 1.250 lokale Anlaufstellen bundesweit Demenzkranke und ihre Familien", sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. "Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, geben wir den Familien was sie brauchen: Mehr Zeit, um die Doppelbelastung zu bewältigen", so Schwesig weiter.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe teilt mit: "Mit dem Pflegestärkungsgesetz sorgen wir dafür, dass Demenzkranke und ihre Familien schon ab dem nächsten Jahr deutlich besser unterstützt werden. Wir brauchen darüber hinaus eine gemeinsame Kraftanstrengung in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Dazu gehört neben einer guten medizinischen und pflegerischen Versorgung und Rehabilitationsmaßnahmen auch ein kompetenter Umgang mit Demenzkranken, sei es in Arztpraxen, Krankenhäusern oder in Bürgerämtern. Diesem Ziel dient die Allianz für Menschen mit Demenz."

Rund 1,5 Millionen Menschen sind heute in Deutschland an Demenz erkrankt. Jährlich erkranken 300.000 Menschen neu, wodurch die Gesamtzahl an Menschen mit Demenz jährlich um ca. 40.000 zunimmt (Differenz Neuerkrankungen zu Sterbefällen). So leben in Familien, Nachbarschaft und Quartier künftig immer mehr Menschen mit Demenz. Die Krankheit wird oftmals tabuisiert: Erkrankte und Angehörige fühlen sich isoliert, erforderliche Hilfe und Unterstützung unterbleiben. Daher hat die Bundesregierung die "Allianz für Menschen mit Demenz" als eines der Handlungsfelder der Demografiestrategie ins Leben gerufen.

Nach Auffassung der Ko-Vorsitzenden Heike von Lützu-Hohlbein ist die Agenda geprägt vom Leitbild der Inklusion: "Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Demenz stehen im Vordergrund der vereinbarten Maßnahmen. Daher ist die Deutsche Alzheimer Gesellschaft als Vertreterin der Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen ein wichtiger Gestaltungspartner. In einem kooperativen und beteiligungsorientierten Prozess konnten die Belange der Menschen mit Demenz einbezogen werden."

Damit sie auch weiterhin eingebunden sind, werden die Ergebnisse auch in leichter Sprache verfügbar gemacht. Die Umsetzung der Agenda erfolgt in unterschiedlicher Trägerschaft und Verantwortung in den folgenden Jahren. Ein erster Fortschrittsbericht ist für Frühjahr 2016 vorgesehen.

Die Gestaltungspartner der Allianz für Menschen mit Demenz sind:

Aktion Demenz e.V.

Aktion Psychisch Kranke e.V.

Arbeits- und Sozialministerkonferenz

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.

Bundesärztekammer

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.

Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V.

Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V.

Deutscher Landkreistag

Deutscher Pflegerat e.V.

ZFF-INFO NR. 15/2014
29.09.2014

Deutscher Städtetag
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e.V.
Gesundheitsministerkonferenz
GKV-Spitzenverband
Kassenärztliche Bundesvereinigung
Kuratorium Deutsche Altershilfe
Kultusministerkonferenz
Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.
Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Bundesministerium für Gesundheit
Bundesministerium für Bildung und Forschung Bundesministerium für Arbeit und Soziales Bundesmi-
nisterium des Innern Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Bundesministerium für
Ernährung und Landwirtschaft Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicher-
heit Bundeskanzleramt

Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter:
www.allianz-fuer-demenz.de, www.bmfsfj.de, www.bmg.bund.de.

Quelle: Pressemitteilung BMFSFJ Internetredaktion Nr. 065 vom 15.09.2014

[zurück](#)

**(2) Wirtschaftsrat der CDU: 32-Stunden-Woche für Eltern ist realitätsfern / Hierzu kommen-
tiert das ZFF**

Wolfgang Steiger: "Eine weitere Schwächung unserer Wettbewerbsfähigkeit durch die SPD-Ministerien ist völlig falsch"

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. sieht in dem Vorhaben von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die Arbeitszeit für Eltern auf 32 Stunden zu reduzieren, eine weitere Belastung für Unternehmen und die Staatskasse. Die Große Koalition plant, das Gehalt teilzeitbeschäftigter Eltern mit Steuergeldern aufzustocken und zugleich mit einem Rechtsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Rückkehr in eine Vollzeitstelle zu verknüpfen. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, kritisierte die Forderung: "Angesichts der am strahlenden Konjunkturmilieu aufziehenden dunklen Wolken ist eine weitere Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit durch die SPD-Ministerien zum jetzigen Zeitpunkt völlig falsch."

Steiger weiter: "Auch dem Wirtschaftsrat ist es ein Anliegen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe darf jedoch nicht zu Lasten der Unternehmen und der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wahrgenommen werden. Gerade kleine und mittelständische Betriebe würde ein solches Gesetz überfordern. Frau Schwesig denkt hier wohl nur aus Sicht des öffentlichen Dienstes. Abgesehen davon, dass immer neue soziale Wohltaten die notwendige Haushaltskonsolidierung und damit Zukunftsinvestitionen für die nächsten Generationen gefährden." Schon heute sieht das Arbeitszeitgesetz einen angemessenen Ausgleich zwischen Arbeitszeit und Zeit für private Angelegenheiten vor - für Kinder, aber genauso auch für die Pflege von Angehörigen oder ehrenamtliches Engagement. "Eine weitere gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit geht in Zeiten des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Fachkräftemangels völlig an der Realität vorbei. Wenn Eltern ihre Arbeitszeit reduzieren wollen, können sie das außerdem schon heute tun. Es muss Schluss sein damit, dass Frau Schwesig der Gesellschaft ihre Vorstellungen von Familie per Gesetz vorschreiben will."

"Niemand in Deutschland muss 24 Stunden am Tag arbeiten. Die Behauptung von Frau Schwesig, dass Arbeitgeber permanent gegen das Arbeitszeitgesetz mit seiner täglichen Höchstarbeitszeit von acht bis zehn Stunden verstoßen, ist ein weiterer Versuch der SPD, die Wirtschaft zu kriminalisieren," sagt der Generalsekretär des Wirtschaftsrates.

Quelle: Pressemitteilung Wirtschaftsrat der CDU e.V. vom 19.09.2014

[zurück](#)

Hierzu kommentiert das ZFF:

Wenn der CDU-Wirtschaftsrat der SPD vorwirft, sie kriminalisiere die Wirtschaft, ist das starker Tobak. Der Vorschlag von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zur Einführung einer "Familienarbeitszeit" ist mutig, aber überfällig. Die Aussage von Wolfgang Steiger, Eltern könnten jetzt schon ihre Arbeitszeit reduzieren, stimmt nur halb. Sie haben nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz zwar auch nach der maximal dreijährigen Elternzeit einen Anspruch auf Verkürzung ihrer Arbeitszeit, können aber später nicht wieder auf den vollen Stellenumfang zurückkehren. Gut, dass dies bald verändert wird! Und Eltern mit niedrigen Einkommen können sich - trotz Mindestlohn - eine Arbeitszeitverkürzung gar nicht leisten, deshalb will die Familienarbeitszeit sie ja mit Lohnersatzleistungen unterstützen. Mehr Zeit für Familie muss man sich auch leisten können! In einem Punkt hat der CDU-Wirtschaftsrat aber Recht: Bislang sind noch keine befriedigenden Lösungen für kleine und mittlere Unternehmen entwickelt worden. Das darf aber nicht die gesamte Reform gefährden, sondern sollte Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände Ansporn sein, kreativ zu werden.

(3) Statistisches Bundesamt: Vereinbarte Betreuungszeit in Kitas für unter 3-Jährige: durchschnittlich 38 Wochenstunden

Die Eltern in Deutschland hatten im März 2014 für ihre unter 3-jährigen Kinder in Kindertageseinrichtungen durchschnittlich eine Betreuungszeit von fast 38 Wochenstunden vereinbart. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, wurden für 16 % der unter 3-Jährigen Betreuungszeiten bis zu 25 Stunden, für 28 % mehr als 25 bis 35 Stunden und für 56 % mehr als 35 Stunden pro Woche vertraglich vereinbart.

Die längste durchschnittliche Betreuungszeit vereinbarten die Eltern im Saarland mit über 45 Wochenstunden, die kürzeste in Bayern mit 31,5 Wochenstunden.

Quelle: Pressemitteilung Statistisches Bundesamt vom 16.09.2014, gekürzt

[zurück](#)

(4) Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Erzieherinnen-Demo: Alt sichert Unterstützung zu

Kinder- und Jugendministerin Irene Alt hat bei einer Kundgebung der Gewerkschaft ver.di in Mainz eine Unterschriftensammlung für bessere Arbeitsbedingungen und Gehälter sowie bundesweit geltende, verbindliche Qualitätsstandards in Kindertagesstätten entgegen genommen. Ministerin Alt: „Die Anliegen der Fachkräfte in Kindertagesstätten finden bei mir Gehör. Denn Erzieherinnen und Erzieher leisten für unsere Gesellschaft eine sehr wichtige Arbeit.“

Alt weist darauf hin, dass 75 Prozent des diesjährigen Gesamtetats ihres Ministeriums in Höhe von 663 Millionen Euro in den Kita-Bereich fließen. Die Lohnverhandlungen seien in erster Linie eine Aufgabe der Tarifparteien, wobei eine Lohnsteigerung über Personalkostenzuschüsse vom Land mittragen werde. „Das Lohnplus aus dem Tarifabschluss von 2014 bedeutet für mein Ministerium in diesem und im kommenden Jahr insgesamt 18 Millionen Euro mehr an Personalkostenzuschüssen, die wir gerne zahlen. Denn wir wissen, dass eine gute Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher der Qualität in den Kitas und damit letztlich den Kindern zugutekommt.“

Die Kitas in Rheinland-Pfalz haben einen besseren Personalschlüssel als der Bundesdurchschnitt. Doch die Qualität ist Ministerin Alt zufolge nicht allein am Personalschlüssel festzumachen. „Für das hohe pädagogische Niveau in unseren Kitas spielen außerdem unsere Bildungs- und Erziehungsempfehlungen eine Rolle, sowie Programme wie Kita!Plus, die Sprachförderung und das Aus- und Fortbildungscurriculum der Fachkräfte“, erklärt die Kinder- und Jugendministerin. „Das Land, die Kommunen und die Träger tun viel für die Qualität in den Kitas. Ich fordere, dass sich auch der Bund stärker an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung in unserem Land beteiligt – und zwar strukturell und dauerhaft. Als Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz werde ich im November mit Bundesfamilienministerin Schwesig und allen Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern zu einem Kita-Qualitätsgipfel zusammentreffen. Dort werde ich mich auch für bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher einsetzen“, kündigte Ministerin Alt an.

Quelle: Pressemitteilung Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz vom 28.09.2014

[zurück](#)

(5) Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz:
Alt: Sprachförderung in Kitas ist politischer Schwerpunkt der Landesregierung

Die Sprachförderung in den Kindertagesstätten des Landes mit ihrer Kombination aus alltagsintegrierter sprachlicher Bildung und zusätzlichen Sprachfördermaßnahmen bereitet Kinder gut auf den folgenden Schulbesuch vor. „Unser Konzept der Sprachförderung in Kitas funktioniert sehr gut – und findet bundesweit Anerkennung. Sprache ist der Schlüssel dazu, dass ein Mensch am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Das ist den Fachkräften unserer Kitas bewusst. Daher setzen sie auf sprachliche Bildung von Anfang an: Verbale Kommunikation wird groß geschrieben und die Kita-Teams ermutigen die Kinder ganz bewusst zum Sprechen“, erklärte Kinder- und Jugendministerin Irene Alt gestern Abend vor dem Landtag. Die Entwicklung der Kinder – auch die sprachliche – werde kontinuierlich beobachtet und regelmäßig dokumentiert. Sobald deutlich werde, dass ein Kind Unterstützung braucht, bekomme es diese schnell und niederschwellig.

Eine verpflichtende Sprachstandserhebung für alle Vierjährigen, wie sie die CDU fordert, lehnt Ministerin Alt ab, da ein einmaliger Test wenig über das tatsächliche Können eines Kindes aussage. „Wenn das Kind einen schlechten Tag hat oder wenn es die Testperson nicht kennt, wird es unter Umständen überhaupt nicht reden, egal wie wortgewandt es normalerweise ist. Eine langfristige kontinuierliche Dokumentation, wie sie in den Kitas bereits Standard ist, ist da sehr viel aussagekräftiger, zumal sie auch aufzeigt, welchen Förderbedarf ein Kind hat.“

Das Kinder- und Jugendministerium hatte auch in diesem Jahr 6 Mio. € allein für zusätzliche Sprachfördermaßnahmen bereitgestellt. Im Zuge einer allgemeinen Bewirtschaftungsaufgabe durch das Finanzministerium mussten allerdings alle Ministerien ihre Haushaltstitel um 3 Prozent kürzen. Alt: „Es kann hier keine Rede davon sein, dass diese 3-prozentige Reduzierung Ausdruck unseres politischen Willens ist. Sprachförderung ist und bleibt für uns ein ganz wichtiger politischer Schwerpunkt, der auch die Qualität unserer Kitas ausmacht.“

Quelle: Pressemitteilung Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz vom 26.09.2014

[zurück](#)

(6) SPD-Bundestagsfraktion: ElterngeldPlus – ein Gewinn für Eltern

Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher:

Der Deutsche Bundestag debattierte heute die Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes. Mit diesem Gesetz erfüllt die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig die Wünsche vieler Eltern und setzt ein wichtiges Versprechen der SPD um: mehr Flexibilität und Partnerschaftlichkeit, wenn beide Elternteile Familienverantwortung übernehmen und am Arbeitsleben teilhaben wollen. Gleichzeitig schließt das Gesetz eine Gerechtigkeitslücke: wer in Teilzeit arbeitet und Elterngeld bezieht, erwirbt nun einen längeren Anspruch.

„Das ElterngeldPlus fördert Teilzeit-Erwerbsarbeit in der Elternzeit. Wer sich dafür entscheidet, erhält mit den neuen Regelungen ein Teil-Elterngeld von einer Dauer bis zu 28 Monaten. Teilen sich beide Eltern diese Zeit partnerschaftlich untereinander auf, werden sie mit jeweils bis zu vier zusätzlichen Partnerschaftsbonusmonaten belohnt. Außerdem können zwischen dem dritten und achten Lebensjahr eines Kindes bis zu 24 Monate flexible Elternzeit genommen werden, wenn besondere Lebensphasen mehr Zeit für das Kind erfordern.

Nicht nur Eltern profitieren von dieser Regelung, auch die Wirtschaft kann sich freuen: die umworbene Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Alter zwischen 25 und 45 bekommt noch stärkere Anreize, früher in den Beruf zurückzukehren und sich gleichzeitig um die Familie zu kümmern. Das schafft eine ausgeglichene Balance und somit mehr Engagement in beiden Lebensbereichen. Die Arbeitgeber gewinnen Beschäftigte, die sich ohne schlechtes Gewissen am Arbeitsplatz einsetzen, weil sie gleichzeitig ihrer Familie gerecht werden können. Vereinbarkeit ist keine Einbahnstraße – Vereinbarkeit funktioniert für alle Beteiligten.

Die gründliche politische Vorarbeit der SPD-Bundestagsfraktion der letzten Legislaturperiode trägt damit Früchte. Den veränderten Lebensentwürfen und -realitäten von Familien wird Rechnung getragen: immer mehr Frauen wollen und müssen wirtschaftlich selbstständig sein, immer mehr Männer wollen und müssen sich ihrer Familie widmen. Das wird mit dem ElterngeldPlus ermöglicht.

ZFF-INFO NR. 15/2014
29.09.2014

In Kombination mit den geplanten Gesetzesvorhaben wie zum Beispiel dem Pflegestärkungsgesetz und dem Rückkehrrecht von Teilzeit zur Vollzeit werden Familien in dieser Legislaturperiode neue wichtige Freiräume geschaffen. Die Familienarbeitszeit muss der nächste Schritt sein, um Familie und Beruf ausgeglichen vereinbaren zu können. Dafür werden wir uns in weiteren Verhandlungen einsetzen.“

Quelle: Pressemitteilung SPD-Bundestagsfraktion vom 26.09.2014

[zurück](#)

(7) SPD-Bundestagsfraktion: Kinderbetreuung weiter ausbauen

Sönke Rix, Sprecher der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Der Deutsche Bundestag debattiert heute einen Gesetzentwurf zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertageseinrichtung. Damit werden der weitere Ausbau der Kinderbetreuung und eine weitere finanzielle Entlastung von Kommunen geregelt.

„Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt für mehr Kita-Plätze. Mit dem heute in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf stocken wir das bestehende „Sondervermögen Kinderbetriebsausbau“ auf eine Milliarde Euro auf. Außerdem wird der Bund damit seine Beteiligung an den Betriebskosten der Kinderbetreuung um jeweils 100 Millionen Euro für die Jahre 2017 und 2018 erhöhen.

Damit ist es allerdings nicht getan. Wir brauchen auch mehr Betreuungsqualität. Erforderlich sind vielerorts bessere Fachkraft-Kind-Relationen, kleinere Gruppen und bessere Qualifizierungen der Erzieherinnen und Erzieher. Auch der Zustand der Räume, die Ausstattungen der Kindertagesstätten, bessere Bedingungen für Leitungskräfte und der Zugang zu Fachberatung und Fortbildungen spielen dabei wichtige Rollen.

Die notwendige Verbesserung der Betreuungsqualität müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam stemmen. Unsere Familienministerin Manuela Schwesig wird dazu im November 2014 eine erste Bund-Länder-Konferenz ausrichten.“

Quelle: Pressemitteilung SPD-Bundestagsfraktion vom 26.09.2014

[zurück](#)

(8) SPD-Bundestagsfraktion: Weltkindertag 2014 – Jedes Kind hat Rechte

Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher; Susann Rührich, Kinderbeauftragte:

Am 20. September 2014 ist Weltkindertag. Er steht unter dem Motto „Jedes Kind hat Rechte“. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine Stärkung von Kinderrechten ein.

„Auch 25 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention gibt es weiteren Handlungsbedarf für eine Stärkung von Kinderrechten.

Kinderrechte müssen eindeutiger gesetzlich formuliert werden. Wir brauchen mehr Normen, die klarstellen, dass die staatliche Gemeinschaft die Rechte des Kindes achtet, schützt und fördert. Ein Meilenstein dabei wäre die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein.

Wir wollen die Wahrnehmung der Rechte von Kindern weiterentwickeln. So ist es im Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

In Deutschland haben sich die Bedingungen für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den vergangenen 25 Jahren verbessert. Wir haben zum Beispiel einen höheren Lebensstandard von Kindern und Jugendlichen sowie bessere Bildungschancen erreicht. Allerdings kann von einer vollständigen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland noch keine Rede sein. Nach wie vor brauchen wir weitere Anstrengungen im Kampf gegen Kinderarmut und für bessere Bildungschancen von Kindern.

ZFF-INFO NR. 15/2014 29.09.2014

Kinder wünschen sich geeignete und zufriedene Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer. Sie wollen sich austoben können, auch wenn das mit einem höheren Lärmpegel für das Umfeld verbunden ist. Jugendliche wünschen sich Raum und Zeit sich auszuprobieren und faire Bildungs- und Berufschancen. Kinder und Jugendliche wollen, dass ihre Rechte und Interessen auch dann gewahrt werden, wenn ihre dafür eigentlich verantwortlichen Eltern einmal ausfallen.

Wir würden uns darüber freuen, wenn der diesjährige Weltkindertag dazu beiträgt, mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter für stärkere Kinderrechte zu gewinnen. Wir laden alle Erwachseneren ein, sich einmal die Mühe zu machen, die Welt aus Kinderperspektive zu betrachten.“

Quelle: Pressemitteilung SPD-Bundestagsfraktion vom 19.09.2014

[zurück](#)

(9) Gruner+Jahr, ELTERN: Ein Jahr Rechtsanspruch: Die Suche nach Kitaplatz bleibt harte Geduldsprobe

Seit einem Jahr können Mütter und Väter einen Krippenplatz für ihr Kind einklagen: Was der Rechtsanspruch gebracht hat, haben jetzt die Zeitschrift ELTERN und die FOM Hochschule für Ökonomie und Management in einer exklusiven Online-Befragung (494 teilnehmende Mütter und Väter) überprüft.

Die Antworten zeigen, dass die Suche nach einem Kitaplatz auch heute noch eine Geduldsprobe ist: Erst nach durchschnittlich 19 Wochen erfuhren Antragsteller, ob es mit dem Wunschplatz geklappt hat oder nicht, berichtet ELTERN in der aktuellen Ausgabe (ab heute im Handel). Nur sechs Prozent der Befragten, die schon vor dem 1. August 2013 einen Krippenplatz gesucht hatten, halten das Verfahren heute für schneller oder einfacher als früher. Fast zwei Drittel stellten keine Verbesserung fest.

Besonders deutlich ist in der Umfrage die Unzufriedenheit mit den angebotenen Betreuungszeiten. Gerade am Nachmittag fehlt es den Teilnehmern an Spielraum: Sie wünschen sich im Durchschnitt eine Krippenöffnung bis 17 Uhr, jeder Fünfte bis 18 Uhr - tatsächlich müssen Mütter und Väter ihre Kinder häufig bereits um 15.30 Uhr abholen.

Morgens sieht es nicht besser aus: Die Eltern würden ihr Kind gern ab 7 Uhr betreuen lassen, doch die Krippen beginnen im Schnitt um 7.30 Uhr. "Dabei geht es den Eltern nicht um eine insgesamt längere Betreuung, sondern vor allem um Flexibilität", sagt Professor Christian Rüttgers von der FOM Hochschule in ELTERN. Der Traum berufstätiger Eltern ist also eine verlässliche Kita, aus der man sein Kind ausnahmsweise auch mal später abholen kann.

Über die Bilanz nach einem Jahr Rechtsanspruch wird auch auf einer Tagung im Essener FOM Hochschulzentrum (Herkulesstr. 32) diskutiert, und zwar am 31. Oktober ab 10.30 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos. Infos unter www.fom.de/krippentagung.

Quelle: Pressemitteilung Gruner + Jahr AG & Co KG „Eltern“ vom 10.09.2014

[zurück](#)

(10) Bundestag: Linke stellt Antrag zu Pille danach neu

Die Fraktion Die Linke hat erneut einen Antrag (18/2630) eingebracht mit dem Ziel, die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) aus der Rezeptpflicht zu entlassen. Im Gesundheitsausschuss hatte es am Mittwoch keine Beschlussempfehlung zu den bereits vorliegenden Anträgen der Opposition (18/303; 18/1617; 18/492) gegeben. Die SPD-Fraktion hatte darum gebeten, eine Entscheidung noch zurückzustellen, woraufhin der Tagesordnungspunkt vom Bundestagsplenum gestrichen wurde. Daraufhin stellte die Linke nunmehr einen alten Antrag (18/1617) neu, der am Donnerstag (25. September) als Zusatzpunkt 7 aktuell im Plenum behandelt werden sollte.

In dem gleichlautenden neuen Antrag weisen die Abgeordneten darauf hin, dass ein schneller Zugang zu dem Präparat dazu beitragen könne, ungewollte Schwangerschaften sowie Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden. Die Verschreibungspflicht sei aus gesundheitspolitischer Sicht nicht zu begründen und sollte daher aufgehoben werden.

In den meisten europäischen Ländern kann die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff LNG rezeptfrei in Apotheken gekauft werden. Die Bundesregierung lehnt eine Freigabe dieses Notfallmedikaments hingegen ab und stellt sich dabei auch gegen einen Beschluss des Bundesrates.

ZFF-INFO NR. 15/2014
29.09.2014

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) empfiehlt, LNG aus der Rezeptpflicht zu entlassen, da das Hormonmittel ausreichend getestet sei und praktisch keine unerwünschten Nebenwirkungen entfalte. Das Bundesgesundheitsministerium, die Unionsfraktion und auch ärztliche Fachverbände wollen an der Rezeptpflicht für die „Pille danach“ jedoch festhalten. Sie argumentieren vor allem mit der wichtigen Beratung der Frauen, die nur von Ärzten so umfassend und vertraulich geleistet werden könne.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 476 vom 25.09.2014

[zurück](#)

(11) Bundestag: Linksfraction fordert Kita-Qualitätsgesetz

Die Faktion Die Linke will den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung beschleunigen und ihre Qualität verbessern. In einem entsprechenden Antrag (18/2605) fordert sie die Bundesregierung deshalb auf, ein Kita-Qualitätsgesetz vorzulegen. Außerdem müsse sich der Bund stärker als bisher an den Kosten des Kita-Ausbaus beteiligen.

Nach dem Willen der Linksfraction soll eine Sachverständigenkommission aus Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen, Jugendämtern, Elternvertretern, Kinderrechtsexperten, Trägern der Kindertageseinrichtungen und Gewerkschaften bis Ende 2015 ein Konzept erarbeiten, um Defizite in Quantität, Qualität und Finanzierung der Kindertagesbetreuung zu beseitigen. Auf Grundlage dieser Ergebnisse soll dann das Kita-Qualitätsgesetz erarbeitet werden. In diesem Gesetz sollen bundesweit verbindliche Mindeststandards unter anderem für die Anzahl der Kinder pro Betreuer, die Aus- und Weiterbildung der Betreuer, die Größe und Ausstattung von Kitas sowie Qualität der Essensversorgung festgeschrieben werden.

Die Linksfraction plädiert zudem dafür, dass die Lastenverteilung bei den Kinderbetreuungskosten neu geregelt werden soll. Prinzipiell müsse der Bund einen größeren Anteil der Kosten übernehmen, um die Kommunen zu entlasten. Für einen Übergangszeitraum bis zur Neuregulierung soll der Bund das Sondervermögen für den Ausbau der Kinderbetreuung jährlich um eine Milliarde Euro aufstocken.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 475 vom 25.09.2014

[zurück](#)

(12) Bundestag: Elterngeld soll flexibler werden

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will den Bezug von Elterngeld bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit flexibler gestalten und ausbauen. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2583) zur Einführung des sogenannten „Elterngeld Plus“ mit einem Partnerschaftsmodus vor. Zudem sollen sich Eltern die Elternzeit insgesamt flexibler einteilen können.

Mit dem Gesetz sollen ab dem 1. Januar 2015 jene Elternpaare unterstützt werden, die sich partnerschaftlich um die Kinderbetreuung kümmern und zugleich über eine Teilzeitbeschäftigung ins Berufsleben zurückkehren wollen. Nach den Plänen der Regierung sollen Eltern das Elterngeld Plus bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit doppelt so lange beziehen können wie das bisherige Elterngeld. Bislang war eine Kombination aus Elterngeld und Teilzeit zwar auch schon möglich, der Lohn aus der Teilzeitbeschäftigung minderte jedoch die Höhe des ausgezahlten Elterngeldes ohne dass sich deswegen die Bezugsdauer verlängert hätte. Zudem soll sich die Bezugsdauer des Elterngeld Plus durch die Einführung eines Partnerschaftsmodus um weitere vier Monate für jeden Elternteil verlängern, wenn beide pro Woche einer Teilzeitbeschäftigung von 25 bis 30 Stunden nachgehen. Elterngeld, Elterngeld Plus und der Partnerschaftsmodus sollen sich außerdem kombinieren lassen.

Auch die Elternzeit soll nach dem Willen von Ministerin Schwesig zukünftig flexibler werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Eltern nicht nur wie bisher bis zum dritten Geburtstag des Kindes eine unbezahlte Auszeit aus dem Berufsleben nehmen können, sondern auch eine unbezahlte Auszeit von bis zu 24 Monaten zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes. Diese Auszeit soll dann in drei statt wie bisher zwei Zeitabschnitte aufgeteilt werden können.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 474 vom 25.09.2014

[zurück](#)

(13) Bundestag: Plattform für Haushaltshilfen

Im Jahr 2010 haben rund zwölf Prozent aller Haushalte in Deutschland (rund 4,9 Millionen) haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch genommen. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/2378) unter Berufung auf eine vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (18/2275) mit. Rund elf Prozent hätten in der Vergangenheit schon einmal eine bezahlte Hilfe in Anspruch genommen. Darüber hinaus käme für weitere 16 Prozent der Haushalte, die bislang noch keine Haushaltshilfe in Anspruch genommen haben, dies in Frage. Nach Angaben der Regierung wird derzeit eine Dienstleistungsplattform konzipieren, die einen Überblick über den Dienstleistungsmarkt bieten und den Zugang zu legalen haushaltsnahen Dienstleistungen für Familien und ältere Menschen erleichtern soll. Sie soll zudem die Etablierung von Qualitätsstandards in der Branche unterstützen. Die Plattform soll jedoch nicht zur direkten Vermittlung von Angeboten dienen. Ziel der Regierung sei es, die weit verbreitete und gering bezahlte Schwarzarbeit in diesem Bereich in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 457 vom 19.09.2014

[zurück](#)

Aus Verbänden

(14) AWO: Kinder sind die Zukunft. AWO zum Weltkindertag

„Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft, wir sind für ihre Gegenwart verantwortlich. Das heißt, wir müssen die Interessen und Lebenslagen der Kinder bei politischen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen“, erklärt der AWO Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler anlässlich des Weltkindertags am Sonntag.

„In Deutschland wachsen circa 20 Prozent der Kinder in Armut auf. Umso erstaunlicher ist es, dass Kinderarmut im Koalitionsvertrag nicht beim Namen genannt wird“, hebt Stadler heraus. Die Arbeiterwohlfahrt fordert auch vor diesem Hintergrund eine Kindergrundsicherung in Höhe von 536 Euro.

„Neben der finanziellen Situation armer Familien sind es auch die immer höheren Erwartungen, die immer früher an Kinder herangetragen werden, die nachdenklich machen. Verständliche Sorge um gute Bildung darf nicht dazu führen, dass Kinder nicht mehr das sein können, was sie sind: Kinder“, sagt der Vorstandsvorsitzende. Dazu gehört das Spielen mit anderen Kindern ebenso wie Zeit mit der Familie und für sich selbst. Deswegen weisen politische Maßnahmen wie das Elterngeld in die richtige Richtung. Kinder und Familien brauchen Luft zum Atmen. Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich dafür ein, dass Kinder weder Angst vor Armut noch vor Überforderung haben müssen. „Wir sollten uns nicht nur am Weltkindertag darüber im Klaren sein, dass wir als Gesellschaft dafür verantwortlich sind, dass Kinder eine unbeschwerte Kindheit haben können“, schließt Stadler ab.

Quelle: Pressemitteilung AWO Bundesverband e.V. vom 19.09.2014

[zurück](#)

(15) Familienbund der Katholiken: „Kinder in den Mittelpunkt der Politik stellen“

Familienbund fordert zum Weltkindertag Familienverträglichkeit

Der Familienbund der Katholiken hat die Bundesregierung anlässlich des Weltkindertags am 20. September aufgefordert, die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und ihren Familien in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. „Familie ist für die meisten Kinder das Wichtigste im Leben. Eltern sind die ersten und wichtigsten Bezugspersonen ihrer Kinder. Wer Kinder fördern will, muss deshalb zuerst ihre Familien unterstützen“, sagte die Präsidentin des Familienbundes, Elisabeth Bußmann, in Berlin. Familien brauchen wirtschaftliche Stabilität, Zeit für das Familienleben und eine gute unterstützende Betreuungsinfrastruktur. Deshalb müssen ein fairer Familienlastenausgleich und die Wahlfreiheit der Lebensentwürfe zentrale Ziele der Familienpolitik sein und nicht die möglichst hohe Erwerbsbeteiligung beider Eltern.

Sie forderte die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen für ein kinderfreundliches Land zu verstärken. „Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche berührt. Deshalb müssen in allen Bereichen die Interessen von Kindern und Familien an erster Stelle stehen“, sagte Bußmann.

Quelle: Pressemitteilung Familienbund der Katholiken e.V. vom 19.09.2014

[zurück](#)

Termine und Veranstaltungen

(16)Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung Fachtagung: "Wer schneller lebt ist früher fertig... Neue Arbeitszeitooptionen auf dem Prüfstand"

Termin: 16. - 17. Oktober 2014

Veranstalter: Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung

Ort: Berlin

Es gibt Zeiten im Leben, da kollidieren verschiedene Anforderungen. Der moderne Arbeitsmarkt fordert den ganzen Mann und die ganze Frau; gleichzeitig gilt es, Kinder zu erziehen, ältere Angehörige zu pflegen oder sich weiterzubilden. In einer Gesellschaft des längeren Lebens stellt sich ohnehin die Frage, wie sich Erwerbsarbeitszeit im Lebensverlauf sinnvoller verteilen lässt. In jüngerer Zeit wurden daher unterschiedliche Arbeitszeitkonzepte zur Lösung dieser Anforderungen in die politische Debatte eingebracht.

Gleichzeitig existieren auf der tariflichen und betrieblichen Ebene eine Vielzahl von individuellen sowie kollektiven Vereinbarungen. Doch wie verhalten sich die unterschiedlichen Lösungsansätze zueinander? Im Rahmen der Fachtagung beleuchten wir unterschiedliche Gestaltungsansätze im Dreieck gesundheitliche Prävention - Familienpolitik - Arbeitsmarktpolitik.

Weitere Informationen: www.fes.de

[zurück](#)

(17)Facharbeitskreis für interkulturelle Väterarbeit in NRW Fachtagung: "Frag doch Papa!" Interkulturelle Väterarbeit in NRW. Erprobt, Erforscht, Verankern..."

Termin: 30. Oktober 2014

Veranstalter: Facharbeitskreis für interkulturelle Väterarbeit in NRW (IVA NRW)

Ort: Essen

Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Bildungseinrichtungen, Migrantenorganisationen, Initiativen, wissenschaftlichen Einrichtungen und weitere Interessierte diskutieren anhand der Zwischenergebnisse der vom Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung durchgeführten Praxisforschung für nachhaltige Entwicklung interkultureller Väterarbeit in NRW, welche Chancen und Potenziale die interkulturelle Väterarbeit bietet. Wir möchten mit Ihnen neue Ideen für die interkulturelle Väterarbeit entwickeln und einen Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Institutionen ermöglichen.

Weitere Informationen: www.elternnetzwerk-nrw.de/documents/Einladung_000.pdf

[zurück](#)

(18)Internationale ICEC-Konferenz: „Monitoring in der frühkindlichen Bildung: Was sagen (inter)nationale Längsschnittstudien über die Wirkung früher Bildung auf die kindliche Entwicklung aus?“

Termin: 17. November 2014

Veranstalter: Deutsches Jugendinstitut e.V.

Ort: Berlin

Die Qualität frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung zu erhöhen ist ein wichtiges Anliegen vieler Staaten. Dabei gibt es eine Tendenz, die Qualität von Angeboten daran zu messen, welche Wirkung sie auf kindliche Entwicklungs- und Lernprozesse haben. In den letzten Jahren wurden in

ZFF-INFO NR. 15/2014

29.09.2014

verschiedenen Ländern Europas Längsschnittstudien auf den Weg gebracht, auch um die Frage nach der Wirkung frühkindlicher Bildung anzugehen.

Weitere Informationen: www.dji-fachtagung.de/ICEC_Berlin2014/

[zurück](#)

(19)IMPULS und ZFF Fachtagung: „Väter heute: Ernährer, familiäre Hilfsarbeiter, gleichberechtigte Erziehende?!“

Termin: 19. November 2014

Veranstalter: IMPULS Deutschland gGmbH und Zukunftsforum Familie e.V.

Ort: Köln

Väter wollen aktiver in der Betreuungs- und Erziehungsarbeit ihrer Kinder sein. Dies ist ein Resultat veränderter Wertvorstellungen zum Verhältnis zwischen Erwerbsleben, Familienleben und Freizeit. Auch neuere gesetzliche Regelungen bestärken dieses neue Selbstverständnis als Vater. Die Realität hingegen sieht oftmals anders aus: Väter klagen über zu wenig Zeit, um die angestrebte aktive Rolle beim Aufwachsen des eigenen Kindes einnehmen zu können. Dies ist zurückzuführen auf den täglichen Spagat zwischen Arbeit und Familienleben.

Kosten:

40,- Euro inkl. Verpflegung, Fahrtkosten werden nicht übernommen.

Weitere Informationen: www.impuls-familienbildung.de/fachtagung-vaeter-heute.html

[zurück](#)

Aus dem ZFF

(20)ZFF: ZFF-Stellungnahme zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Zum 1. Januar 2015 soll das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf in Kraft treten. Dieses Gesetz möchte die Möglichkeiten, die das Pflegezeit- und das Familienpflegezeitgesetz zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bieten, weiterentwickeln. Dazu gehört insbesondere die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit.

Die Stellungnahme des ZFF zum „Entwurf eines Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ finden Sie hier:

http://zukunftsforum-familie.de/data/20140919_SN_ZFF_Familie_Pflege_und_Beruf.pdf.

Weitere Stellungnahmen von anderen Verbänden finden Sie hier:

http://www.diakonie.de/media/Diakonie_StN_Ref-E_Vereinbarkeit_140919.pdf

[http://www.eaf-](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Stn2014/140919_Pflegezeit_Stn_final.pdf)

[bund.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Stn2014/140919_Pflegezeit_Stn_final.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Stn2014/140919_Pflegezeit_Stn_final.pdf)

[http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/pdf/stellungnahmen/2014-09-19SoVD-](http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/pdf/stellungnahmen/2014-09-19SoVD-SN_Pflegezeit_Familienpflegezeit.pdf)

[SN_Pflegezeit_Familienpflegezeit.pdf](http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/pdf/stellungnahmen/2014-09-19SoVD-SN_Pflegezeit_Familienpflegezeit.pdf)

[http://www.awo-](http://www.awo-informationsser-vice.org/uploads/media/Stellungnahme_des_AWO_Bundesverbandes_zum_Gesetzentwurf_Vereinbarkeit_vFPuB_19.9.2014.pdf)

[informationsser-](http://www.awo-informationsser-vice.org/uploads/media/Stellungnahme_des_AWO_Bundesverbandes_zum_Gesetzentwurf_Vereinbarkeit_vFPuB_19.9.2014.pdf)

[vice.org/uploads/media/Stellungnahme_des_AWO_Bundesverbandes_zum_Gesetzentwurf_Vereinbarkeit_vFPuB_19.9.2014.pdf](http://www.awo-informationsser-vice.org/uploads/media/Stellungnahme_des_AWO_Bundesverbandes_zum_Gesetzentwurf_Vereinbarkeit_vFPuB_19.9.2014.pdf)

[zurück](#)

Aktuelles

(21)VAMV: MITMACHEN: Umfrage Beistandschaft und Kindesunterhalt

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) beschäftigt sich intensiv mit den Themen Kindesunterhalt und Beistandschaft. Um das Erfahrungswissen der Alleinerziehenden zu diesen Themen besser bündeln zu können, macht der Verband dazu eine Umfrage unter Alleinerziehenden mit

ZFF-INFO NR. 15/2014
29.09.2014

minderjährigen Kindern. Diese läuft bis zum 31.12.2014. Die Ergebnisse werden ausgewertet, politische Schlussfolgerungen daraus gezogen und im kommenden Jahr veröffentlicht.

Alleinerziehende können den Fragebogen direkt online unter
<https://www.umfrageonline.com/s/eb88178> ausfüllen.

[zurück](#)

Hinweis: Für die veröffentlichten Links und Inhalte Dritter übernehmen wir keine Haftung.



Weitere Informationen: <http://www.zukunftsforum-familie.de>
Freuen Sie sich auf aktuelle Neuigkeiten aus dem ZFF und werden Sie „Fan“ unserer [Facebook-Seite](#).

Verantwortlich: Dr. Bettina Rainer (Redaktion), Jessica Blankenburg (Layout/Verteiler)